

Zahlen, Zukunft, Ziele

Letzter Etat vor der Landtagswahl: Haushalt für 2017 verabschiedet

14. Dezember 2016 – Die dritte und entscheidende Lesung eines Haushaltsplans gerät traditionell zur Generaldebatte über die politischen Leitlinien. So war es auch, als die Fraktionen den Entwurf für den Etat 2017 und damit den letzten vor der Landtagswahl abschließend berieten. Es wurde eine kontroverse Debatte über die Bilanz der rot-grünen Landesregierung.

Der Haushaltsplan sieht Ausgaben von rund 72,7 Milliarden Euro vor. Die Nettoneuverschuldung liegt bei 1,6 Milliarden Euro.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, [Armin Laschet](#), sagte, Rot-Grün habe das Land bei den Finanzen, dem Wirtschaftswachstum, der Inneren Sicherheit und der Bildung auf Schlusslichterplätze katapultiert: „Das muss sich ändern!“ Laschet warf der Regierung vor, mit „Finanztricks“ zu arbeiten und an den Empfindungen der Menschen im Land vorbeizureden. Zudem kritisierte er eine „Schuldenpolitik“ der Regierung und sinkende Investitionen. Ein ausgeglichener Haushalt sei trotz niedriger Zinsen und steigender Steuereinnahmen um rund 45 Prozent nicht in Sicht. Laschet forderte, die Landesverwaltung effizienter und sparsamer zu gestalten: „Die Landesverwaltung muss sich konzentrieren auf die Kernaufgaben.“

SPD-Fraktionsvorsitzender [Norbert Römer](#) wies die Kritik zurück. Nach sechs Jahren Rot-Grün befänden sich die „Zukunftsinvestitionen des Landes für Bildung, Forschung, Kommunen und Infrastruktur auf Rekordniveau“. Gleichzeitig sei die Neuverschuldung deutlich gesenkt worden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in NRW sei gestiegen, die Arbeitslosenquote „auf den niedrigsten Stand seit 1993“ gedrückt worden.

„Nordrhein-Westfalen ist heute in einer besseren wirtschaftlichen Verfassung als am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit.“ Römer warf seinerseits der Opposition vor, sie könne nicht erklären, was sie anders oder besser machen würde. „Ihre Alternativen sind blass und begrenzt.“

„Keine Impulse“

Der Schuldenstand in NRW sei seit 2010 um 19 Milliarden Euro gewachsen und belaufe sich aktuell auf 143 Milliarden Euro – dies sei die Schlussbilanz der Landesregierung, sagte FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#). Trotz Rekorderlösen und historisch niedrigem Zinsniveau mache Rot-Grün weiter Schulden. Die Kaufkraft liege als Folge einer Wachstumsschwäche unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Landesregierung schrecke Unternehmen durch das Tarifreue- und Vergabegesetz, den Landesentwicklungsplan und das Landeswassergesetz ab – sie habe sich in den „grünen Lianen eines Paragrafendschungels verfangen“. Ein weiterer Kritikpunkt Lindners: Von NRW gingen keine Impulse mehr für die Bundespolitik aus.

„Kluge Köpfe fördern, jedes Kind mitnehmen, Klima schützen und damit Arbeitsplätze schaffen, Infrastruktur modernisieren, Kommunen stabilisieren“ – so beschrieb der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende [Mehrdad Mo-stofizadeh](#) den „Grundakkord rot-grüner Haushaltspolitik“. Die Koalition habe in



Armin Laschet (CDU)

Kitas, Schulen, Hochschulen, Verkehr und in die „Herzenssache“ Kommunen investiert. Der Fraktionsvorsitzende erklärte Mehreinnahmen in Milliardenhöhe mit konsequenter Verfolgung von Steuerhinterziehung. Er verteidigte eine „smarte und ökologische“ Wirtschaftspolitik und eine Schulpolitik, die jedem Kind eine individuelle Lernzeit bis zum Abitur einräume und für ein wohnortnahes Schulangebot in Nordrhein-Westfalen Sorge.

Der fraktionslose Abgeordnete [Dietmar Schulz](#) sagte, der Haushalt 2017 sei geprägt durch Stagnation. Das „Diktum der Schuldenbremse“ führe zu „Schattenhaushalten“, die die junge Generation belasteten. Sie müssten später mit ihren Steuern „die Zeche dafür zahlen“. Zudem fehlten Zukunftsinvestitionen.

Seit Jahren werde zu wenig in wichtige Zukunftsthemen investiert, sagte [Michele Marsching](#), Fraktionschef der PIRATEN. Wesentliche Probleme seien Kinderarmut, Arbeitslosigkeit, „Kita- und Verkehrskollaps“ sowie das „marode Bildungssystem“. Diese Probleme habe Rot-Grün zu verantworten. Die Landesregierung verwalte, statt zu gestalten. Die Schuldenbremse sei eine „Ausgabenbremse“, mit der sich das Land selbst die „Luft zum Atmen“ nehme. Bei niedrigem Zinsniveau grenze es an „Wahnsinn“, keine Schulden aufzunehmen. Sparen bedeute, nicht in die Zukunft zu investieren. Dringenden Investitionsbedarf sah er vor allem bei der IT-Sicherheit in Krankenhäusern, bei Kindergärten und beim Ausbau des Glasfasernetzes. Die Landesregierung respektiere die Schuldenbremse, Sorge für bessere Einnahmen und investiere in die Zukunft, beschrieb Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) (SPD) die rot-grüne Haushaltspolitik. Jeder dritte Euro fließe in die Bereiche Kinder, Bildung und Familie. Es gebe Erfolge in Kitas, Schulen und Hochschulen, sagte



Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft (SPD)



Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Michele Marsching (PIRATEN)

Fotos: Schälte

Kraft. Die Arbeitslosigkeit sei in NRW stärker gesunken als im westdeutschen Durchschnitt. „Wir haben die Kommunen von der Intensivstation geholt“, betonte Kraft. Auch die Investitionen in die Innere Sicherheit zahlten sich aus. „Konkret wird Politik im Haushalt“, sprach Kraft die Opposition an. Nach Durchsicht der Haushaltsanträge der Opposition lösten sich deren politische Forderungen in Luft auf. *bra, zab, wib, sow*

Abstimmung

Für den Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung stimmten die Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN stimmten dagegen. Den Haushaltsentwurf sowie die Ergänzung, die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, Änderungs- und Entschließungsanträge wie auch das mit-

beratene Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 und weitere mitberatene Initiativen finden Sie unter www.landtag.nrw.de: Klicken Sie oben rechts im Kalender auf den 14. Dezember und dann auf „Aktuelle Tagesordnung“. Wie die einzelnen Fraktionen jeweils abgestimmt haben, können Sie dem Beschlussprotokoll entnehmen.

Die Eckpunkte des Etats

Bereits zu Beginn der zweiten Lesung am 30. November 2016 hatten sich Koalition und Opposition in einer Grundsatzdebatte einen Schlagabtausch über die Finanzpolitik geliefert. Im Anschluss fanden die Beratungen der Einzelpläne statt. Die zweite Lesung dauerte insgesamt rund 13 Stunden an zwei Plenartagen.

Der Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung ([Drs. 16/12500](#), [16/13400](#) und [Drs. 16/13700](#)) sieht Ausgaben in Höhe von 72,7 Milliarden Euro vor (Vorjahr: 69,95 Milliarden). Die Neuverschuldung liegt bei rund 1,6 Milliarden Euro (Vorjahr: 1,8 Milliarden Euro). Für Personalausgaben sind im Jahr 2017 insgesamt 26,5 Milliarden Euro angesetzt (Vorjahr: 25,3 Milliarden). Beraten wurde auch über das Gemeindefinanzierungsgesetz und die Finanzplanung 2016 bis 2020 mit Finanzbericht 2017 ([Drs. 16/12502](#), [16/13400](#)).

Der Landtag berate die „Schlussbilanz von Rot-Grün“, sagte [Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU) in der zweiten Lesung. Sein Fazit: „Das Land steht schlecht da.“ Trotz günstiger Rahmenbedingungen sei es der Landesregierung nicht ge-

lungen, einen soliden Haushalt vorzulegen. Sie lebe „auf Pump“ und kürze bei der Zukunftsvorsorge.

[Stefan Zimkeit](#) (SPD) wies die Vorwürfe zurück. Im Gegenteil, Rot-Grün investiere in die Zukunft und halte Wahlversprechen ein. Als Beispiele nannte er u. a. Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen und die Innere Sicherheit. Die CDU-Fraktion hingegen verspreche „allen alles, koste es, was es wolle“.

Noch nie sei der „Umfang an Haushaltskosmetik, Verschiebepahnhöfen und Verschleierungstaktiken“ so groß gewesen, sagte [Ralf Witzel](#) (FDP). Die Landesregierung nutze den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB), die NRW.Bank und den Pensionsfonds als „Schattenhaushalte“, aus denen sie sich bediene.

[Martin-Sebastian Abel](#) (GRÜNE) warf den Oppositionsfraktionen vor, keinen eigenen finanzpolitischen Plan für das Land zu haben. Zugleich verteidigte Abel die rot-grüne Haushaltspolitik. So unterstütze das Land „massiv die Kommunen“. Jeder dritte Euro des Etats gehe an die Städte und Gemeinden.

Für die PIRATEN sagte [Nicolaus Kern](#), seine Fraktion lehne den rot-grünen Haushaltsentwurf für 2017 wegen „fehlender Zukunftsfähigkeit“ ab. Die Landesregierung mache Politik nach dem Motto „Verwalten statt Gestalten“. So habe sie es versäumt, das Land fit für die Digitalisierung zu machen.

Der fraktionslose Abgeordnete [Dietmar Schulz](#) sagte, der Etatentwurf sei eine Grundlage für das Zeugnis für Rot-Grün: „Versetzung gefährdet.“

Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) warf der Opposition Populismus vor. Unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung habe der Rotstift regiert. Dies räche sich nun, beispielsweise indem für wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte Planer fehlten. Rot-Grün habe seit 2010 die Verschuldung „stetig“ reduziert. *wib, zab*